



21. August Niklas Maak: **Wir können uns nicht erinnern**

Berlin hadert mit seinen Gedenk-Orten: Worum geht es im Streit um die Wiedervereinigungs-Wippe und die Zukunft des Checkpoint Charlie?

Früher war alles einfacher, jedenfalls bei Denkmälern. Sollte an etwas erinnert werden, schaute der Bildhauer in einem Handbuch namens "Iconologia" nach, für das der Künstler Cesare Ripa, ein Autodidakt und Koch am Hofe von Kardinal Anton Maria Salviati, jeweils eine Verkörperung für die verschiedensten Phänomene der Welt entworfen hatte, den Mut, den Sieg, die Gerechtigkeit. Man baute ein paar solcherart allegorisch ausgerüstete Figuren auf einem Podest auf, fertig war das Denkmal.

Die Moderne hat diesen Verkörperungen den Garaus gemacht, und seitdem schlingern die Gestalter von Gedenk-Orten von einer schiefen nicht eigenständlichen Metapher zur anderen. Das schiefste Bild aller Zeiten hat sich Berlin im Fall des Wettbewerbs für das sogenannte Freiheits- und Einheitsdenkmal geleistet, das an die friedliche Revolution von 1989 erinnern und vor dem neu errichteten Berliner Schloss aufgestellt werden sollte: Der Siegerentwurf ist eine monumentale Wippe, die aus der Ferne an eine längliche Obstschale erinnert. Betritt eine größere Menge sei und läuft gemeinsam von einer Seite zur anderen, neigt sich die Schale in diese Richtung.

Dies sei, so verkündeten erfreut die Gestalter, ein Sinnbild dafür, dass man gemeinsam viel bewegen kann. Leider ist diese Lesart nicht die einzig mögliche; man könnte die Wippe auch als Sinnbild dafür verstehen, dass es immer, wenn zu viele Leute dumm in eine Richtung marschieren, mit Deutschland bergab geht - und überhaupt ist der Zwang, dass alle in eine Richtung marschieren, damit etwas passiert, vielleicht nicht unbedingt die allerbeste Art, das Individuum und seinen Kampf gegen die staatliche Gleichschaltungsmaschine der DDR zu feiern. Eine Zeitlang sah es dann so aus, als sei man in der Hauptstadt gedenkpolitisch zur Vernunft gekommen: Der Wippenentwurf verschwand lautlos auf dem Schrottplatz der Geschichte für Symbolkitsch und wacklige Sinnbilder, wo er aber unter großem Getöse von einem Grüpplein schmerzfreier Anhänger der Großmetapher exhumiert und wieder auf den Schlossplatz gezerrt wurde.

Jetzt soll die Wippe doch gebaut werden - was nicht nur bekennende Wippengegner wie Baustadträtin Katrin Lompscher, sondern auch jene Freunde des Berliner Schlosses ärgert, die davon träumen, dass hier alles bitte wieder so wie früher aussehen soll - und früher stand hier nun mal keine Wippe sondern das Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal. Annette Ahme, Vorsitzende des Vereins Berliner Historische Mitte, verkündete daher im vergangenen Juli, sie werde zu Demos aufrufen und im Bundestag vorstellig werden mit dem Ziel, die Planungen am bisher vorgesehenen Ort auf dem Denkmals-Sockel vor dem Humboldt Forum einzustellen und die Planungen für die Definition eines neuen Ortes in der Nähe des Reichstagsgebäudes einzuleiten. Die Wippe soll kommen - aber vor den Reichstag.

Kaum hatte die Diskussion darüber begonnen, ob und wenn wo, das deutsche Gedenken metaphorisch verschaukelt werden soll, platzte schon die nächste gedenkpolitische Bombe: Am Checkpoint Charlie, dem Grenzübergang der Alliierten in Zeiten der deutschen Teilung, einem Sinnbild und Gedenkort des Kalten Krieges, soll etwas gebaut werden.

Dort, wo sich heute Millionen Touristen vor einem nachgebauten Grenzhäuschen mit Soldatendarstellern fotografieren lassen und anschließend auf der Mauerbrache eine Currywurst essen, auf den beiden verbliebenen Grundstücken rechts und links der Friedrichstraße, will der Investor Trockland Büros, Wohnungen und ein Hard Rock Hotel errichten, was die Anwohner erst vor kurzem erfuhren; als sie zum formellen Beteiligungsverfahren geladen wurden, sickerte durch, dass eigentlich schon alles eingetütet sei über einen von Senat und Investor lange vor dem Beginn der Bürgerbeteiligung unterzeichneten "Letter of Intent". Daraufhin protestierten die Städtebau-Expertin Theresa Keilhacker und der Stadtforscher Christoph Sommer von der Humboldt-Universität ebenso wie Ex-Kultursenator Thomas Flierl und Landeskonservator Jörg Haspel und warnten vor dem Ausverkauf des Gedenkortes.

Auch die Ankündigung, dass in dem geplanten Komplex nicht nur das Hard-Rock-Hotel, sondern auch ein 3000 Quadratmetergroßes "Museum des Kalten Kriegs" Platz finden könnte, für das die Stadt Berlin selbstredend eine gepfefferte Miete von 25 Euro pro Quadratmeter an den Investor zu zahlen hätte, trug nicht zur Verbesserung der Laune bei.

Die Freifläche sei, so das Argument der Bebauungsgegner, die bessere Gedenkstätte für den Kalten Krieg. Zwei Ideen von Gedenken und Schutzwürdigkeit prallten aufeinander: Für die einen ist der leere Raum, auf dem sich informelle Gedenkstätten, Würstchenbuden, Souvenirläden und ein Stadtstrand mit Beach Bar angesiedelt haben, ein Schrotthaufen, der einer ordentlichen Bebauung und einem strukturierten Museum weichen möge; für die anderen ist er ein identitätsstiftender Ort, typisch Berlin und damit schützenswert.

Noch bevor Trockland eine Baugenehmigung erteilt werden konnte, hatte Haspels Landesdenkmalamt das Ensemble Anfang Juli unter Denkmalschutz gestellt. So konnte erzwungen werden, dass bei den jetzt vorgestellten ersten Masssentwürfen für eine Neubebauung auf beiden Seiten der Friedrichstraße eine Freifläche von tausend Quadratmetern erhalten wird; dafür darf der Investor höher bauen, zwar nicht, wie ursprünglich geplant, neunzig, sondern nur sechzig Meter hoch. Von den sieben Massen-Entwürfen, um die der Investor einige Architekturbüros gebeten hatte, ist keiner umwerfend, weder der von David Chipperfield, der zunächst die Friedrichstraße mit einem Turm auf Stelzen überbauen wollte, noch derjenige des intern als gesetzt geltenden Büros Graft, aus dem Bau eines Hard Rock Hotels an dieser Stelle in Selbst wippenhaft kühner Metaphorik nicht als touristischen Ausverkauf, sondern als symbolische Vollendung des Ortes preist: Schließlich habe gerade die Popmusik, so erklärte einer der Architekten, "zur Überwindung der Teilung beigetragen" und sei "populärer Ausdruck der Kritik an Gesellschaft". Folgt man dieser Ansicht, gibt es nichts Stimmi-geres als ein Hard-RockHotel an diesem Ort, den man dann passenderweise in I-was-looking-for-freedom-Platz oder Wind-of-Change-Straße umbenennen sollte.

(bitte weiter blättern)



FORUM STADTBILD BERLIN



Z pdf 497 Seite 2

Fortsetzung: *Wir können uns nicht erinnern*

Aber nicht jeder ist überzeugt. Kritiker warnen, es sollten mit dem jetzigen Verfahren Fakten geschaffen werden, solange Abgeordnetenhaus und Senat sommerbedingt untätig seien; die Festlegung für ein Verfahren zugunsten des Investors Trockland, der noch gar nicht Eigentümer der Grundstücke sei, wäre nicht nachvollziehbar. Was tun? Tatsächlich ist, nach der Zubau-Manie der neunziger Jahre alles, was an die Mauer erinnerte, hektisch mit Architekturnormalität überkront wurde, der Ort am Checkpoint eine der wenigen Flächen, an denen die drückende Leere, die die Trennung ins Zentrum der Stadt brachte, noch mit physischer, räumlicher Intensität zu erleben ist. Sie zuzubauen, um dann ein kostspieliges Kalter-Kriegs-Museum zu errichten, welches aber, wie schon die Bühnen am Kurfürstendamm, vor den eigentlichen kommerziellen Nutzungen des Neubaus in den Keller weichen muss (zwei Drittel des Museums werden unterirdisch untergebracht), erinnert ein wenig an den Versuch der Schildbürger, den Acker nicht zu zertrampeln, indem man sich von mehreren Männern auf einem Schild darüber tragen lässt.

Aktivisten fordern nun, der Senat müsse sein Vorkaufsrecht nutzen, um am Checkpoint Charlie eine andere Entwicklung zu ermöglichen. Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz bezeichnet das mit Verweis auf den überhitzten Markt als nicht machbar, was auf einen über die allgemeinen Berliner Gedenkdesaster hinausreichenden Konflikt verweist: Seit den neunziger Jahren hatte die Stadt, angetrieben vom Wirtschaftssenat, öffentliche Liegenschaften in den besten zentralen Lagen unter Wert versilbert, um kurzfristige Erfolge bei der Auffüllung der leeren Kassen zu erzielen. Die Stadtplaner mussten machtlos zusehen, wie ganze Areale etwa am Potsdamer Platz, wo eine wegweisende, auch kleinteiligere Bebauung hätte entstehen können, in großen Tranchen an internationale Investoren verkauft und mit entsprechenden Großkomplexen bebaut wurde, die auch in Downtown Atlanta oder am Flughafen von Omsk stehen könnten.

Die Folgen kommen die Gesellschaft teuer zu stehen: Das Zentrum wurde verödet durch kommerziell nicht einmal umwerfend erfolgreiche, bloß von Touristenlametta umspülte Geschäftsbauten, der bezahlbare Wohnungsbau wurde an die Peripherie verdrängt. Vor allem deswegen lösen größere kommerzielle Bauvorhaben, wie sie eine lebendige Stadt ebenfalls braucht, um mehr als ein staatlich gefördertes Museum seiner selbst zu sein, mittlerweile heftige Reaktionen bei den Bürgern aus - vor allem dann, wenn es um die letzten Brachflächen im Zentrum geht. Gerade der zentral gelegene Checkpoint Charlie ist inzwischen noch zu einem ganz anderen Gedenkort geworden: Die Leerfläche erzählt auch von einem verpassten Neuanfang nach 1989 - und erinnert mit allem, was man hier nicht sieht, daran, was aus Berlin hätte werden können, wenn der damalige Bürgermeister und sein Wirtschaftssenat langfristiger gedacht und die Stadt der Zukunft nicht auf eine Kombination von Renditeobjekten und Touristenbussen reduziert hätten.

(Übertragen aus der Druckausgabe der FAZ vom 21. August 2018 von Wolfgang Schoele am 22. August 2018)